

Politischer Kurzbericht

Neue Mitte-Rechts-Partei in Rumänien: die Liberale Demokratische Partei PLD

22. Januar, 2007

Konrad Adenauer Stiftung- Bukarest

Mit der PLD gibt es seit dem 28.12.2006 in Rumänien eine weitere, dem politischen Mitte-Rechts-Spektrum zuzuordnende Partei. Die PLD entstand nach tiefgreifenden, internen Konflikte in der Liberalen Partei (PNL), die zum Ausschluss prominente Parteimitglieder und Abgeordneter geführt hatte. Bereits im Oktober 2006 bildete sich in der PNL eine Plattform, deren Initiatoren der ehemalige Parteivorsitzende *Valeriu Stoica* und der ehemalige Präsidentialberater für Wirtschaft *Theodor Stolojan* sind.

*Stolojan*¹ und *Stoica*² veröffentlichen am 11. Oktober in *Pitesti* das Plattform-Programm, wonach diese folgende Ziele verfolgte:



- die Bildung einer Grundlage für eine politische Konsolidierung, die zu einer strategischen und programmatischen Klarheit in der PNL führen soll,
- die Schaffung eines Instruments für die Einigung des politischen Mitte-Rechts-Spektrums und eines Kommunikationskanals zwischen den politischen Kräften, die sich zu diesem Spektrum bekennen.

Im Manifest der Plattform wird eine scharfe Kritik an der Parteiführung der PNL geübt. Sie sei Opfer verschiedener Interessengruppen aus der Wirtschaft, ihr Vorsitzender würde

¹ *Theodor Stolojan* war ehemaliger Finanzminister zwischen 1990-1991 und ehemaliger Premierminister zwischen 1991-1992

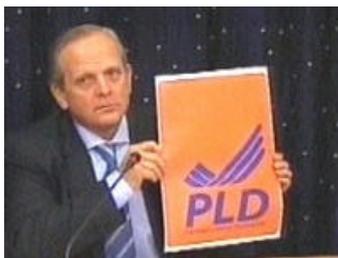
² *Valeriu Stoica* war ehemaliger Justizminister zwischen 1996-2000 in der CDR Regierung und ehemaliger Vorsitzender der PNL zwischen 2000-2003

persönliche Ambitionen verfolgen, Nepotismus fördern und die Partei zu einem sicheren Ende führen. Zudem habe die PNL keine eindeutige politische Orientierung und müsse eine programmatische Klarheit schaffen. Zahlreichen Ausschlüsse von kritischen Parteimitgliedern würden das Prinzip der Meinungsfreiheit in der Partei in Frage stellen.

Die Plattform definierte in ihrem Manifest den „zeitgenössischen Liberalismus“ als eine politische Grundrichtung, die sich auf Verantwortung und Gerechtigkeit stützt, Oligarchie ablehnt, bürgerlich ist und einen Kapitalismus mit ehrlichem Wettbewerb fördert. Liberalismus anerkennt demnach die wichtige Rolle von Tradition, Religion, Familie sowie von nationaler Identität als wichtige Elemente der Politik. Deutlich lassen sich in dieser Definition die Bemühungen der Initiatoren der Plattform erkennen, sich dem Mitte-Rechts-Lager anzunähern.

Die Gründung der Plattform führte zum Ausschluss von *Theodor Stolojan* und *Valeriu Stoica* aus der PNL. Schnell erhielt die Plattform die Unterstützung wichtiger Persönlichkeiten aus der PNL, so die des damals noch im Amt befindlichen Landwirtschaftsministers *Gheorghe Flutur*, des ehemaligen Gesundheitsministers *Mircea Cinteza* und von insgesamt 8 Senatoren und 16 Abgeordneten.

Gemäss den Aussagen von *Stolojan* verfügte die Plattform über die Unterstützung von 11.900 Mitgliedern der PNL.



Am 28. Dezember 2006 trennte sich die Plattform endgültig von der PNL und wandelte sich in eine Partei - *die Liberal Demokratische Partei* um. Interimsvorsitzender wurde *Theodor Stolojan*.

Hintergrund – das Projekt einer liberal-bürgerlichen Plattform ist nicht neu

Valeriu Stoica plädierte schon seit Anfang 2005 in der PNL und in der rumänischen Öffentlichkeit für eine Fusion zwischen der PNL und der Demokratischen Partei (PD). Beide Parteien waren als Wahlallianz im Jahr 2004 an die Regierung gekommen. Schon damals erarbeitete er ein Projekt für eine liberal-bürgerliche Plattform, das nun als Basis für die neu entstandene Partei genutzt werden soll.

Stoica unterstrich mehrere Male die Notwendigkeit der Gründung einer starken Mitte-Rechts-Partei, die ein Gegengewicht gegen das von der Sozialdemokratischen Partei (PSD) dominierte, starke Linkspektrum schaffen soll.

Das Projekt der Fusion der PNL mit der PD wurde Anfang 2006 aufgegeben, da es in der PNL keine ausreichende Unterstützung dafür gab. Offensichtlich war dem Vorsitzenden der PNL und Premierminister *Ioan Popescu Tariceanu* der Einsatz für die Fusion zu groß: die Ungewissheit der eigenen Machtposition in der neuen Partei, die Aufgabe der Zugehörigkeit

zur Allianz der Liberalen und Demokraten für Europa und der Bruch mit der Tradition der Liberalen Partei Rumäniens.

Reaktion auf die PLD

Die PNL versuchte, die Plattform als ein Ergebnis eines persönlichen Konfliktes zwischen Premierminister *Tariceanu* und *Theodor Stolojan* darzustellen. Die Liberalen verbreiteten sogar die Vermutung, dass Staatspräsident *Traian Basescu* Urheber der Initiative sei, um die PNL zu spalten. Um die Parteispitze zu bestätigen und Stabilität und Klarheit zu schaffen, hat die PNL am 12. Januar 2007 einen außerordentlichen Parteitag organisiert und eine neue Führung gewählt.

Der inzwischen wichtigste Akteur des Mitte-Rechts-Spektrums, die PD befindet sich jetzt in der komfortablen Situation, sowohl von PNL als auch von der PLD als Partner umworben zu werden. So sollen nach Presseinformationen beide der PD den Vorschlag gemacht haben, auf einer gemeinsamen Liste für die Europawahlen im Mai 2007 zu kandidieren.

Emil Boc, Vorsitzender der PD, kündigte bereits eine Zusammenarbeit mit der PLD mit dem Ziel an, Mehrheiten für die ursprünglich in der Allianz PNL-PD vereinbarten Projekte zu sichern. In mehreren Treffen zwischen der PD und der PLD wurde die künftige Zusammenarbeit sowie die Gründung einer „Stiftung für die Einheit der rechten Kräfte“ besprochen.

Der Eintritt der PLD in die Regierung scheint derzeit allerdings kein Thema zu sein. Sowohl *Theodor Stolojan*, der sich gegen eine Regierungsarbeit unter Premier *Tariceanu* ausgesprochen hat, wie auch die PNL unterstützen ein solches Ansinnen nicht. Hinsichtlich der internationalen Anbindung der PLD kündigte *Stolojan* an, den Anschluss an die EVP zu suchen.

Perspektiven

In der jetzigen Situation wankender Koalitionen und sich anbahnender neuer Bündnisse werden die Parteien die für den 13. Mai 2007 vorgesehenen Wahlen zum Europäischen Parlament nutzen, um die eigene und die Stärke möglicher Koalitionspartner zu testen. Eine Regierungsumbildung oder Neuwahlen vor diesem Termin sind nicht zu erwarten.